

Editorial

Autor(en): **Linder, Wolf**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **28 (1988)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Editorial

Mit dem vorliegenden Themenband möchte die Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft zur öffentlichen Diskussion, vielleicht auch zum besseren Verständnis unserer Aussenpolitik beitragen. Dabei geht es aus politologischer Perspektive vor allem um den Versuch, an wichtigen Einzelfragen grössere Zusammenhänge von Prozessen, Strukturen und Inhalten sichtbar zu machen. Den politisch interessierten Beobachter müssen dabei die wachsenden Spannungsfelder interessieren. Dazu gehört zunächst der Kontrast zwischen dem verinnerlichten Autonomiebestreben unseres hochindustrialisierten, aber kleinen Landes und der zunehmenden Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – ein Gegensatz, der sich bei Gelegenheiten wie der UNO-Abstimmung auch in unverarbeiteten Konflikten zwischen Regierung und Volk äussern kann. Als zweites Spannungsfeld zu nennen wäre dasjenige zwischen behaupteter Neutralität und faktischer Verflechtung in den Ost-West- sowie Nord-Süd-Beziehungen, das in regelmässigen Abständen zur tagespolitischen Kontroverse wird, etwa in der Frage wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber Südafrika. Unübersehbar gerade dann aber wird schliesslich das Spannungsfeld zwischen verkündeter Prinzipientreue und realistisch-pragmatischem Handeln oder Nicht-Handeln sichtbar, dem der Kleinstaat ausgesetzt ist.

Gerade mit dem letztgenannten Gegensatz hat die schweizerische Aussenpolitik zu leben. *Jürg Gabriels einleitender Beitrag* verdeutlicht dies. Er erinnert uns zunächst an das Verfassungsziel staatlicher Unabhängigkeit, das Bundesrat und Diplomatie unter den Maximen der Neutralität und Solidarität in der Völkergemeinschaft zu erhalten bestrebt sind. Gabriels «tour d'horizon» illustriert allerdings, dass der harmonische Werthimmel unserer Aussenpolitik die laufenden Ziel- und Wertkonflikte praktischen Handelns, die Widersprüche zwischen normativer Orientierung und pragmatischer Anpassung nicht aus der Welt zu schaffen vermag. Wie kann damit umgegangen werden? Müssen Bundesrat und Diplomatie – statt harmonische Bilder und traditionelle Grundsätze zu betonen – nicht vermehrt die Konflikthaftigkeit und (widersprüchliche) Mehrdimensionalität realer Aussenpolitik offenlegen?

Diese Ausgangsthese Gabriels ist für die innenpolitische Grundlegung der Aussenpolitik zu bedenken, in der Parlament und Volk in wichtigen Entscheidungen mitzureden haben. Drei Beiträge befassen sich im zweiten Teil unseres Bandes mit der «*Innenseite*» unserer Aussenpolitik. Als engagierter, unabhängiger Volksvertreter hat *Sigmund Widmer* oft jene Rollenfixierung des Parlaments erlebt, die er beschreibt: die eidgenössischen Räte stehen gewissermassen zwischen Hammer und Amboss, weil Bundesrat und Verwaltung zu einer aktiven Aussenpolitik neigen, während die Stimmberechtigten sich gegen Engagements auf internationaler Ebene sperren. Über die Vermittlung zwischen Regierung und Volk hinaus sieht Widmer daher nur bescheidene Handlungsspiel-

räume des Parlaments. Trotzdem glaubt er an die Ansätze zur Organisation einer «kleine(n) und hartnäckig arbeitswillige(n) Gruppe, die beide Kammern aus dem Tal der heutigen aussenpolitischen Bedeutungslosigkeit herausführt».

Woran liegt es denn, dass die «aktive Aussenpolitik» beim Volk Schiffbruch erleiden muss, wie etwa bei der Verwerfung des UNO-Beitritts am 16. März 1986? Anhand einer repräsentativen Stichprobe im Rahmen der UNIVOX-Befragungen zeigt *Daniel Frei*, wie die Schweizer Bevölkerung behördliche Aussenpolitik beurteilt und welche Motive und Wünsche hinter dieser Beurteilung stehen. Aus den vielen Befunden stechen zwei hervor: Einmal scheint die Tatsache unserer starken internationalen Abhängigkeit eher den Willen zur Isolation als zur Kooperation zu stärken. Umgekehrt aber findet Frei eine verbreitete Neigung in der Bevölkerung, die Lösung konkret anstehender Probleme, insbesondere der Umwelt-, Entwicklungs-, Energie- und Exportpolitik, in Zusammenarbeit mit dem (benachbarten) Ausland zu suchen.

Nicht zufällig umschreibt der Volksmund mit «diplomatisch» ein Redeverhalten, welches das Kontroverse, und damit oft das Wichtigste verschweigt: Aussenpolitik galt bis ins 20. Jahrhundert hinein als verschlossene, quasi personelle Domäne eines engen Kreises von leitenden Staatsmännern und ihrer verschwiegenen Stäbe. Aber auch heute wird die Balance zwischen politisch notwendiger Transparenz und diplomatisch erforderlicher Diskretion noch nicht immer gefunden, wie *Peter Ziegler* an der Informationspolitik des Eidgenössischen Departements für Auswärtiges feststellt. Zieglers Plädoyer für eine Verbesserung der Informationspolitik weist auf eine wichtige Dimension für den «innenpolitischen» Erfolg jeder Aussenpolitik hin.

Bedeutete die Ablehnung des UNO-Beitritts einen «Aufbruch zu echt vaterländischer Gesinnung», wie alt Nationalrat Otto Fischer glaubte, oder impliziert sie eine «aktivere Aussenpolitik der Schweiz»? Mit Ursachen und (als gering eingeschätzten) Folgen des 16. März 1986 befasst sich *Daniel Pfirter* und eröffnet damit die Beiträge zum Teil «Aussenpolitik in veränderter Umwelt».

1992: diese Jahrzahl steht im Vordergrund des öffentlichen Interesses, denn sie signalisiert die Frage des künftigen Verhältnisses der Schweiz zu einer Europäischen Gemeinschaft mit einem Binnenmarkt ohne staatliche Handelschranken. *René Schwok* zeigt, dass es in der anscheinend konsensfähigen Option eines Mittelwegs zwischen Isolation und Integration nicht ohne Konflikte abgehen kann: die eidgenössische Gesetzgebung hat sich auf ihre Vereinbarkeit mit dem EG-Recht einzustellen; es stellt sich die Frage des Prinzips der Reziprozität, und die Zeit privilegierter Teilabkommen mit der EG dürfte für die Schweiz vorbei sein. Wird ein Zögern der Schweiz um so schneller in die Sachzwänge eines Integrations-Diktats führen? Nicht, wenn wir den Thesen *Richard Sentis* folgen. Danach böte eine engere wirtschafts- und handelspolitische Zusammenarbeit – Schaffung einer EFTA-Zollunion, gefolgt von einheitlichen Verhandlungsmethoden innerhalb der EFTA – der Schweiz Möglichkeiten und Chancen, die statt einer voreiligen Verengung auf die EG-Perspektiven nicht übersehen werden sollten.

Auf Fragen der weltweiten Wirtschaftszusammenarbeit führt uns *Balz Eberhard* mit der Nachzeichnung der Entwicklung des GATT-Abkommens im Rahmen der Uruguay-Runde. Der Beitrag illustriert aufs deutlichste, wie sehr faktische Bedeutung und Bekanntheit internationaler oder multilateraler Vereinbarungen kontrastieren können. Darüber hinaus erfahren wir auch etwas über die zunehmende Verflechtung wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Aspekte in multilateralen Verhandlungen, die auch auf die herkömmliche Vermittlerrolle der Schweiz abfärben dürften.

André Schaller vertieft die Ausgangsthese Gabriels – das Dilemma zwischen normativer Orientierung und pragmatischer Anpassung – am Beispiel des COCOM-Embargos: Wie weit soll, kann und darf sich die Schweiz Handelsbeschränkungen für strategisch wichtige Güter gegenüber den Oststaaten auferlegen? Schallers Fallstudie zum lange geheim gehaltenen «Hotz-Linder-Agreement» zeigt ein vielleicht typisches «Lösungsmuster», Gegensätze zwischen Prinzipien politischer Neutralität und wirtschaftlichen Interessen abzuarbeiten. Nur: wie viele «Hotz-Linder-Agreements» verträgt die Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik?

Mit möglichen Veränderungen des militärstrategischen Denkens der Schweiz befasst sich *Albert A. Stahel*. Seine Thesen einer Ausweitung des Konzepts der «Vorwärtsverteidigung» dürften von verschiedener Seite her auf wenig Gegenliebe stossen: bei den Kritikern der offiziellen Rüstungspolitik, weil sie den blossen Gedanken einer militärischen Verteidigung auch über die Landesgrenze hinaus als unzumutbar ablehnen wird, bei den Rüstungsverantwortlichen, weil sie solche Konsequenzen der militärtechnischen Entwicklung zwar einbeziehen, aber wohl wenig Interesse an ihrer politischen Diskussion sehen dürften.

Von einer besonderen Dynamik geprägt ist die Entwicklungszusammenarbeit. Zunächst einmal steht sie als Versuch, die tickende Zeitbombe der wachsenden Kluft zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern wenigstens zu entschärfen. Dann aber haben sich generell die Vorstellungen über eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit stark geändert: vom ursprünglichen UNO-Konzept der reinen Wachstumsförderung in der ersten Nachkriegszeit zur wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bis hin zur Berücksichtigung von Autonomie-Konzepten der Entwicklungsländer. *Jacques Forster* zeichnet die Grundlinien der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit nach und diskutiert Möglichkeiten ihrer Ausweitung und Verbesserung.

Einen wichtigen Teil der vom Bundesrat beabsichtigten Aktivierung der Aussenpolitik bilden die Menschenrechte. Die Landesregierung möchte, im Sinne der Solidarität mit andern Völkern, eine globale und kohärente internationale Menschenrechtspolitik führen. Der Bundesrat sieht darin auch einen Beitrag für den internationalen Frieden wie für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit. Diese bundesrätliche Konzeption und die Realisierung der Menschenrechtspolitik – von *Walter Kaelin* einer gründlichen Analyse unterzogen – ergeben ein zwiespältiges Bild. Dass von der Menschenrechtspolitik als normative Anforderung an jegliches staatliche Handeln (damit auch des eigenen Han-

delns wie etwa in der Flüchtlingspolitik) – eine unmittelbare Wirkung für die Garantie von Grundfreiheiten und -rechten ausgehen könnte, ist die eine Seite. Zur andern gehört, dass die «Einhelligkeit der Politik mit der Moral» trotz Kants Entwurf zum Ewigen Frieden nicht leicht zu bewerkstelligen ist. Kaelin plädiert darum für eine stärkere Unterstützung privater Menschenrechtsorganisationen, für eine Ratifikation der Menschenrechtspakte von 1966 im Rahmen überzeugenderer Begründungen für eine schweizerische Menschenrechtspolitik sowie für eine differenziertere Betrachtung wirtschaftlicher Zwangsmittel als bisher.

Der historisch «neueren» Menschenrechtspolitik geht eine ältere Tradition des humanitären Völkerrechts voraus, in der die Schweiz dank ihrer besonderen Beziehungen zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz auch eine Sonderstellung einnimmt. *Hans-Peter Gasser* stellt uns das wenig bekannte Verhältnis zwischen IKRK und Bundesrat vor.

Erst dem distanzierten Beobachter erschliessen sich die Konturen des Ganzen. *Jean F. Freymonds* Essay deutet solche an: im Versuch, die Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik in der zunehmenden Komplexität des internationalen Beziehungsnetzes zu verorten.

Walter Schöni und Heinrich Zwicky runden den Band ab. Ihr Beitrag kann als theoretischer Erklärungsversuch der praktischen Schwierigkeiten gedeutet werden, ein Verständnis der öffentlichen Meinung für die Probleme weltweiter Interdependenz und Abhängigkeit zu gewinnen. Zugleich ehrt der Beitrag das theoretische Schaffen des allzu früh verstorbenen Peter Heintz, dem die schweizerischen Sozialwissenschaftler weit über den Kreis der Soziologen hinaus vieles verdanken.

Jürg Gabriel, Jean Freymond und Urs Altermatt haben als Mitglieder des Redaktionskomitees bei Konzeption und Realisierung dieses Bandes massgeblich mitgewirkt. Die Bibliographie hat dieses Jahr *Stéphane Hofmann* vom FSP zusammengestellt; er und *Brigitte Caretti* (ebenfalls FSP) besorgten die Übertragung des Editos und der Zusammenfassungen ins Französische. Ihnen allen und den Autoren sei für ihren Einsatz herzlich gedankt.

Bei der Drucklegung dieses Buches wussten wir noch nicht, dass der Beitrag von Daniel Frei einer seiner letzten sein würde. Mit dem Tod von Daniel Frei verliert die schweizerische Politikwissenschaft einen Lehrer und Forscher, der seinem Fach international zu hohem Ansehen verhalf. Die schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft, deren Präsident Frei von 1977-80 war, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wolf Linder

Editorial

L'Association suisse de science politique souhaite, avec le présent ouvrage, élargir le débat sur notre politique étrangère et, partant, contribuer à sa meilleure compréhension. Dans ce contexte, le but assigné est d'essayer de mettre en évidence, à partir de certains problèmes importants et sous un angle politologique, les grandes lignes des processus, structures et contenus de notre politique étrangère, dans laquelle plusieurs enjeux sont observables. Le premier de ceux-ci consiste dans l'antinomie entre l'aspiration à conserver l'indépendance de notre pays hautement industrialisé et l'internationalisation croissante de l'économie et de la politique – contradiction qui peut, comme à l'occasion du scrutin populaire sur l'ONU, s'exprimer au travers d'un conflit de vues entre le gouvernement et le peuple. Un second enjeu réside dans une contradiction entre une neutralité déclarée et une interdépendance d'intérêts dans les relations tant Est-Ouest que Nord-Sud et apparaît régulièrement lors des débats politiques, comme ce fut le cas lors de la question sur les sanctions économiques à prendre ou non à l'encontre de l'Afrique du Sud. A ce moment précis, l'ambiguïté entre le respect des principes établis et l'action (ou non-action) pragmatique, auquel est soumis tout petit Etat, devient évidente.

La politique étrangère suisse doit justement cohabiter avec cette dernière contradiction. Dans son article introductif, *Jürg Gabriel* se penche sur cet aspect. Il nous rappelle tout d'abord que le Conseil fédéral et les milieux diplomatiques, au nom du respect des principes de neutralité et de solidarité, s'efforcent d'assurer l'indépendance du pays. Comme en témoigne le tour d'horizon de Gabriel, les principes directeurs de notre politique étrangère ne sont en mesure de résoudre ni les conflits de valeurs et d'objectifs de l'action ni les contradictions entre l'orientation normative et l'alignement pragmatique. Quelle attitude adopter? Le Conseil fédéral et les milieux diplomatiques ne devraient-ils pas, au lieu d'insister sur des fondements traditionnels et de perpétuer des clichés harmonieux, davantage souligner le caractère conflictuel et les aspects multidimensionnels de la politique étrangère concrète?

On peut rapprocher la thèse de Gabriel des fondements nationaux de notre politique étrangère où le parlement et le peuple interviennent lors des décisions importantes. Trois articles traitent de l'aspect national de notre politique étrangère. *Sigmund Widmer*, en tant que représentant du peuple, a souvent vécu le dilemme auquel le Parlement est confronté: les Chambres fédérales sont prises entre le marteau et l'enclume parce que le Conseil fédéral et l'administration inclinent vers une politique étrangère active alors que de leur côté, les citoyens se montrent réticents à l'idée de tout engagement au niveau international. Widmer n'entrevoit donc qu'une liberté d'action restreinte du Parlement en tant qu'intermédiaire entre le peuple et le gouvernement. Malgré cela, il croît en l'ébauche de l'organisation d'un petit groupe assidu qui serait susceptible de

tirer les Chambres du désintérêt qu'elles manifestent à l'égard de l'actuelle politique étrangère.

Comment peut-on expliquer l'échec de la politique étrangère auprès du peuple, comme cela fut par exemple le cas lors du scrutin populaire du 16 mars 1986 sur l'adhésion de la Suisse à l'ONU? *Daniel Frei* montre, à l'aide d'un échantillon représentatif réalisé dans le cadre des analyses Univox, comment la population suisse juge la politique étrangère officielle et quels motifs et souhaits se dissimulent derrière ce jugement. Deux constatations se distinguent des autres. D'une part, notre forte dépendance à l'égard de l'étranger semble renforcer notre volonté à l'isolement plutôt qu'à la coopération. D'autre part, la population affiche un net penchant pour la collaboration avec l'étranger lorsqu'il s'agit de trouver des solutions à des problèmes liés à l'environnement, au développement, à l'énergie et aux exportations.

Ce n'est pas un hasard si dans le langage populaire le terme «diplomatique» désigne un discours dans lequel controverses et, partant, les questions les plus importantes sont absentes: jusqu'au vingtième siècle, la politique étrangère avait la réputation d'être le domaine réservé d'un cercle restreint d'hommes d'Etats et de leurs états-majors. Comme le constate *Peter Ziegler*, la politique d'information menée par le Département fédéral des affaires étrangères n'a pu, aujourd'hui encore, trouver un juste équilibre entre la nécessaire transparence politique et l'indispensable discrétion diplomatique. Le plaidoyer de *Ziegler* en faveur d'une amélioration de cette politique d'information nous rend attentif à l'indispensable nécessité du succès intérieur de la politique étrangère.

Le refus de l'adhésion à l'ONU signifie-t-il la renaissance de véritables sentiments patriotiques, comme semble le croire l'ancien conseiller national *Otto Fischer*, ou bien implique-t-il une politique étrangère plus active? Avec l'analyse des causes et des conséquences de la votation du 16 mars 1986, *Daniel Pfirter* débute la série d'articles concernant la politique étrangère dans un monde en mutation.

L'échéance de 1992 pose la question cruciale des futurs rapports entre la Suisse et la communauté européenne qui se verra doter cette année-là d'un marché unique. *René Schwok* montre que l'option médiane, apparemment consensuelle, entre l'isolement et l'intégration ne peut se faire sans conflits: la législation fédérale devra s'harmoniser avec le droit régissant les pays de la CEE; la question de la réciprocité se pose également et le temps des accords partiels privilégiés avec la communauté pourrait bien être révolu. Une telle hésitation ne pourrait-elle pas entraîner la Suisse sur la voie d'une intégration forcée? Ce ne serait pas le cas si l'on s'en réfère aux thèses de *Richard Senti*: d'après celles-ci, une collaboration économique et commerciale plus étroite – création d'une union douanière de l'AELE, suivie d'une procédure de négociation uniforme au sein de cette association – présenterait pour la Suisse des possibilités et des chances qu'on ne devrait pas négliger, en dépit de l'actuelle focalisation prématurée des intérêts sur les perspectives de la CEE.

Balz Eberhard nous familiarise avec les questions inhérentes à la collaboration économique mondiale en esquissant l'évolution des accords du GATT

dans le cadre de l'Uruguay-round. L'article présente de façon manifeste comment l'importance factice et la connaissance des accords internationaux et multilatéraux peuvent contraster.

André Schaller approfondit l'hypothèse de Gabriel – le dilemme entre orientation normative et adaptation pragmatique – à l'exemple de l'embargo du COCOM: jusqu'où la Suisse peut-elle exercer un boycott à l'égard des pays de l'Est sur les marchandises stratégiques? L'étude de cas de Schaller, portant sur le «Hotz-Linder-Agreement» longtemps tenu secret, présente un modèle typique de solution montrant comment les oppositions entre les principes de neutralité politique et les intérêts économiques peuvent être minimisées. Mais voilà, combien de «Hotz-Linder-Agreements» la crédibilité de notre politique étrangère est-elle susceptible de supporter?

Albert A. Stahel s'intéresse aux éventuels changements de la conception de la stratégie militaire suisse. Ses thèses relatives à l'élargissement du concept de défense offensive ne devraient guère être appréciées, tant par ceux qui critiquent la politique d'armement parce qu'ils rejettent l'idée d'une défense militaire allant au-delà de nos frontières nationales, que par les responsables militaires qui, même s'ils prennent en compte les conséquences du développement technologique, ne semblent pas pour autant souhaiter que celles-ci soient débattues sur la scène politique.

La coopération au développement est marquée par une dynamique spécifique. D'abord elle essaie de désamorcer les tensions nées d'un fossé grandissant entre les nations industrialisées et les pays en développement. Par la suite, ses conceptions ont évolué d'un concept de l'ONU prônant une croissance socio-économique dans l'immédiat après-guerre à une prise en considération des désirs d'autonomie des pays en développement. *Jacques Forster* esquisse les lignes directrices de l'aide au développement suisse et présente quelques possibilités de son extension et de son amélioration.

Une part importante de la prochaine relance de la politique étrangère sera consacrée aux droits de l'homme. Le Conseil fédéral souhaite, dans un souci de solidarité avec les autres peuples, conduire une politique des droits de l'homme globale et cohérente. Il y voit aussi une contribution pour la paix et le maintien de notre indépendance. Cette conception et la réalisation politique des droits de l'homme – analysées par *Walter Kaelin* – expriment une certaine ambiguïté. D'une part, une politique des droits de l'homme comme exigence normative pour l'ensemble des activités étatiques (comme par exemple dans la politique d'asile) pourrait influencer directement la perception des libertés et droits fondamentaux. D'autre part, il est évident que la coïncidence de la politique avec la morale n'est pas facile à réaliser. Kaelin se prononce en faveur d'un soutien plus efficient des organismes privés humanitaires, pour une ratification des pactes de 1966 concernant les droits de l'homme et ce dans le cadre d'une justification convaincante de la politique suisse des droits de l'homme ainsi que d'une réflexion plus nuancée qu'autrefois à propos des sanctions économiques.

Cette nouvelle politique résulte d'une ancienne tradition du droit international humanitaire, dans laquelle la Suisse occupe une position privilégiée grâce

à ses liens avec le Comité international de la Croix-Rouge. *Hans-Peter Gasser* nous présente les relations méconnues entre le CICR et le Conseil fédéral.

Les contours de l'ensemble ne se révèlent qu'à l'observateur ayant su prendre ses distances par rapport au sujet. L'essai de *Jean F. Freymond*, dans sa tentative de situer l'évolution de la politique étrangère suisse au sein des relations internationales, y fait allusion.

Walter Schöni et *Heinrich Zwicky* complètent le volume. Leur contribution peut être interprétée comme un essai d'explication théorique des difficultés concrètes pour sensibiliser l'opinion publique à l'égard des problèmes de l'interdépendance mondiale. Cette contribution nous rappelle l'oeuvre théorique de Peter Heintz, trop tôt disparu, auquel les chercheurs en sciences sociales, au-delà du cercle des sociologues, doivent beaucoup.

Jürg Gabriel, *Jean Freymond* et *Urs Altermatt*, membres du comité de rédaction, ont grandement contribué à la conception et à la réalisation de ce présent volume. La bibliographie a été rédigée par *Stéphane Hofmann* de l'Institut de recherche en politique suisse. Ce même collaborateur et *Brigitte Caretti* ont assuré la traduction de l'éditorial et des résumés. Je tiens à remercier chaleureusement tous ceux qui ont collaboré à l'élaboration de cet ouvrage.

Lors de la mise sous presse de cet ouvrage nous ne pouvions pas encore savoir que la contribution de Daniel Frei serait l'une de ses dernières. En effet, avec la disparition de Daniel Frei, la science politique suisse perd un enseignant et un chercheur ayant grandement contribué à l'élévation du crédit international de la politologie helvétique. L'association suisse de science politique, dont Daniel Frei fut le président de 1977 à 1980, conservera de lui un souvenir hautement respectueux et reconnaissant.

Wolf Linder